

Fortsetzung: Rezension - Wirtschafts- und Finanzpolitik nach ordoliberalen Prinzipien

Fortsetzung von Seite 11

Finanzautonomie der Städte sowie Markus Nieder-Eichholz' Referat über die negative Einkommenssteuer.

Interessant ist der Beitrag von Annette Orth mit dem Thema „Nationale und internationale Ordnungsprobleme im Lichte der Sozialethik“, in welchem sie auf die Zusammenhänge von Ethik und Marktordnung eingeht. Zuerst stellt sie die Grundlagen der Sozialethik dar und zeichnet die Anforderungen an eine ethisch qualifizierte Ordnung wirtschaftlichen Handelns ab, wobei sie auf das Doppelpinzip von Subsidiarität und Solidarität zurückgreift. Verblüfft liest man, dass es Aufgabe der Sozialethik sei, dafür Sorge zu tragen, dass auch der „Schwächere“ zu seinem Recht kommt (S. 110). Nach einigen kurzen Bemerkungen zu Rawls untersucht sie den Ordoliberalismus im Lichte der Sozialethik, wobei sie auch auf die konstituierenden und regulierenden Prinzipien Euckens Wirtschaftspolitik eingeht und diese mit dem vertragstheoretisch legitimierten Ordoliberalismus verbindet. Der Beitrag endet mit einigen sozialetischen Bemerkungen zu einer funktionsfähigen Wirtschaftsordnung. Hierbei ist sie voll darin zu unterstützen, dass Chancengleichheit auch beinhaltet, dass Anbieter aus Entwicklungsländern frei auf den Märkten der Industrieländer ihre Produkte absetzen dürfen. Sie spricht sich für eine Erweiterung der Aufgaben der Welthandelsorganisation aus, die auch den Missbrauch privater Wirtschaftsmacht unterbinden sollte.

Verwaltungsökonomik

Der zweite Themenbereich umfasst die Verwaltungsökonomik. Entscheidungs-, Informations- und Motivationssysteme der Bürokraten müssen so eingerichtet sein, dass die Verwaltung auf dezentral-marktwirtschaftliche Koordination setzt und solche Bereiche, die sich der marktlichen Regelung entziehen, freiheitsschonend, willkürfrei und effizient regelt. Ingolf Deubel spricht sich für Verwaltungsmodernisierung durch mehr Wettbewerb aus, Annemarie Janetzki gibt einen Erfahrungsbericht über „Projektmanagement in der Kommunalverwaltung“ und Manfred Koch referiert über „good governance“ in

Entwicklungs- und Transformationsländern. Er erläutert die Parallelen zwischen Grosskettlers Verwaltungsstrukturpolitik und dem jüngsten Konzept der Weltbank (good governance). Aus seiner Erfahrung als IWF-Volkswirt im Bereich Entwicklungs- und Transformationsländer analysiert er die Anforderungen an die Wirtschaftspolitik der Staaten in einer Marktwirtschaft, wobei er insbesondere auf die prekären Ausgangsbedingungen der Transformationsländer abstellt. Staaten mit „good governance“ weisen eine bessere wirtschaftliche Entwicklung auf als solche, deren Bürokratien korrupt und ineffizient sind. Eckhard Lübke befasst sich mit der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenpensionen und Sonia Strube wählte ein wirtschaftsgeschichtliches Thema: „Die Entwicklung des Haushaltswesens in Mainz vom Mittelalter bis in die Neuzeit“.

Wettbewerbstheorie:

Funktionsfähigkeit des Marktes versus staatliche Eingriffe

Der dritte Themenbereich ist der Wettbewerbstheorie gewidmet. Die Funktionsfähigkeit von Marktprozessen und die Legitimierung privatwirtschaftlicher Kooperationsformen und staatlicher Eingriffe wird thematisiert. Hingewiesen wird auf die Lenkungsqualität und Koordinationseffizienz der Marktprozesse. Im einzelnen referieren Axel Bialek über „Kooperation, Reputation und Wettbewerb - Zur Bedeutung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen Handel und Industrie“, Jürgen Hamker über „Marktprozesse in der deutschen pharmazeutischen Industrie“.

Aus dem Bereich der Wettbewerbspolitik analysiert Christian Langer die Kartellstruktur des Stahlmarktes in der Weimarer Republik um die Koordinationseffizienz der nach 1918 gewählten Wirtschaftsordnung, der organisierten Verbandswirtschaft, zu beleuchten, die auch heute gelegentlich als Mittel zur Überwindung von Strukturkrisen als Lösungsmöglichkeit genannt wird. Franz Nagel hingegen referiert über „Risikoberücksichtigung beim Messen von Renditereferenzen“. Georg Rotthege widmet seinen Beitrag einem aktuellen Thema, der „Börsenzulassung von Finanzdienstleistungsinstituten“.

Summa Sumarum:

Es handelt sich hierbei um einen gelungenen Band, der theoretische Aspekte und praktische Anwendung gekonnt verbindet und, dankenswerter Weise auch den ordnungspolitischen Aspekten in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion wieder Raum verschafft. Die Beiträge sind fundiert und dennoch auch für den gebildeten Laien leicht verständlich. Da die Beiträge zum Teil aus der Praxis heraus entstanden sind wäre den Wirtschaftspolitikern und Verwaltungsbeamten die Lektüre dieses Bandes zu empfehlen.

Dieser Band ehrt den zu Ehrenden und greift eine wichtige Initiative auf, nämlich eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Ansätze zur Überwindung der wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten, in denen die Bundesrepublik steckt. Es wäre sehr hilfreich, wenn insbesondere die Akteure der Wirtschaftspolitik diesen Band zur Kenntnis nähmen

und in ihren praktischen Entscheidungen einige dieser Ausführungen berücksichtigen könnten.

Prof. Werner Lachmann

Rezension: Messner

Fortsetzung von Seite 10

von Individuen über Institutionen und Systeme in Messners Habilitationsschrift und bei John Rawls“. Messners Beiträge für die moderne christliche Sozialethik sind wegweisend. So unterschied er schon zwischen Institutionenethik und Personalethik und unterstreicht die Bedeutung des Naturrechts. Mit moralischen Appellen allein lassen sich keine sozialen Probleme lösen. Es bedarf des Fachwissens und der kritischen Analyse. So kritisierte Habisch, „daß viele Nachwuchskräfte in den Kirchen und kirchlichen Verbänden dem Fach und Wohl auch dem gesamten Bereich 'Wirtschaft' mit letztlich moralisch begründeten Vorbehalten gegenüberstehen“ (S. 65). So erklärt sich der „gallopierte politische Bedeutungsverlust“ und der damit Hand in Hand gehende „inhaltliche Substanzverlust kirchlichen Sozialengagements“. Diese katholische Stellungnahme ist auch evangelischen Sozialromantikern zur Lektüre zu empfehlen.

Prof. Werner Lachmann

Über die GWE

Das Ziel

Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf der Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.

Die Arbeit

Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragestellungen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen durch und geben den halbjährlichen Informationsdienst „Wirtschaft und Ethik“ heraus. Zu den Themen Wirtschaftsethik, Entwicklungspolitik und ökologischer Wirtschaftspolitik bereiten wir wissenschaftliche Publikationen vor und geben sie heraus.

Die Partner

Bei unserer Tätigkeit arbeiten wir mit dem Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Universität Nürnberg-Erlangen, Prof. Werner Lachmann, Ph.D. sowie Prof. Dr. Karl Farmer, Institut für Volkswirtschaftspolitik der Universität Graz zusammen.

Impressum „Wirtschaft und Ethik“

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von
Wirtschaftswissenschaften und Ethik
e. V. (GWE),
Unterberg 31/6,
A-8143 Dobl

Tel./Fax: ++43/3136/52930 Bürozeit:
Di: 9-11 Uhr, außerhalb AB/Fax
E-Mail: habith.dobl@netway.at

Die GWE im Internet:
<http://www.gwe-ev.de>
Bankverbindung:

Sparda-Bank Nürnberg e.G.,
BLZ 760 905 00
Kto.-Nr. 102 10 60

Satz: Matthias Vollbracht

Druck: Layout & Satz GmbH, Dobl

WIRTSCHAFT UND ETHIK

Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.

Liebe Interessenten, liebe Freunde,

gegenüber der Universität an der „Promenade des Bastions“ steht in Genf an einer schmucklosen Mauer das Reformationsdenkmal. An dieser „Mauer der Reformatoren“ sieht man Farel, Calvin, de Bèze und Knox, die in Genf gewirkt haben. Die Reformatoren waren einst auch politisch führende Kräfte, obgleich sie nicht immer die richtigen Entscheidungen fällten. Heute dagegen beobachten wir einen voranschreitenden Verlust der tragenden Substanz in unserer Gesellschaft. Zu häufig haben sich Christen aus dem gesellschaftlichen Leben zurückgezogen und überlassen das „schmutzige Geschäft“ den anderen, die es dann auch ausüben.

Wie anders reagierte doch Jeremia nach der Deportation der Juden nach Babylon. Er schrieb ihnen einen Brief, in dem es hieß, dass sie der Stadt bestes suchen sollten (Jer.29,7). Denn, so seine Begründung, geht es ihr gut, dann geht es auch euch gut!

Auch Christen sind aufgefordert, der Stadt bestes zu suchen. Wir als GWE wollen in wirtschaftspolitischen Fragestellungen sachlich und ethisch begründete Hilfestellungen geben. Insbesondere Führungsschichten der westlichen Gesellschaften zeigen eine zunehmende Orientierungslosigkeit. Wer aber kein Ziel hat, der trifft immer!

Trotz des Wissens um unsere Vergänglichkeit werden keine Konsequenzen gezogen, höchstens: Laßt uns das Leben genießen, denn bald ist es zu Ende! Jakobus bemängelte einmal, dass die zweifelnden Menschen wie eine Meereswoge sind, wohin der Wind bläst, dahin bewegen sie sich (Jak.1,6). Damit lassen sich einige hysterische Erscheinungen heute erklären.

Christen sollten jedoch einen Standpunkt haben. Dies gilt auch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, zum Beispiel über den richtigen Umgang mit Ausländern. Die wahren Ursachen der gegenwärtigen Probleme werden zu wenig analysiert. Gott erwartete von den Israeliten, dass sie die Ausländer lieb haben sollten, denn auch sie waren einmal Fremdlinge in Ägypten. Gott hat die Ausländer lieb und erwartet sogar ihre Integration.

Die nächste gemeinsam mit W+W durchgeführte Tagung steht unter dem Thema „grenzenlos arbeiten?“. Hierbei geht es um das vernachlässigte Gebiet einer christlichen Ethik der Arbeit. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie im November in Bad Blankenburg begrüßen könnte.

Mit allen guten Segenswünschen bin ich

Ihr

Prof. Werner Lachmann, Ph. D., Rutgers University, Vorsitzender

12 Jahre GWE:

Wirtschaftsethik: Vom Rand- zum Modethema. Ist die GWE überflüssig?

Als die Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. vor 12 Jahren gegründet wurde, war das Thema Wirtschaftsethik im deutschsprachigen Raum noch exotisch. Lange bevor Shell, Nike oder die Globalisierung als solche öffentlichkeitswirksam an den Pranger der Medien gestellt wurden, fanden sich Menschen zusammen, um dem Anliegen einer Wirtschaftsethik aus christlicher Sicht Gehör zu verschaffen. Konfessionsübergreifend aber einig in bestimmten biblischen Grundlagen wurde die GWE gegründet mit dem Ziel, die wissenschaftliche Forschung in den Wirtschaftswissenschaften auf Basis des christlichen Welt- und Menschenbildes zu fördern. Seither ist viel geschehen.

Unzählige Bücher sind zu wirtschaftsethischen Fragen erschienen, viele Studiengänge wurden neu eingerichtet, viele Unternehmen haben Stäbe eingerichtet, die das Handeln des Unternehmens im Hinblick auf die in verschiedenen Kulturen vorhandenen ethischen Vorstellungen prüfen sollen, in den Gesprächsforen des Internet wird der Dialog mit den Kritikern gesucht. Ist die GWE also überflüssig geworden? Mitnichten! Mögen die Veröffentlichungen über wirtschaftsethische Themen inflationär zugenommen haben, die christliche Ethik kommt dabei nur am Rande vor. Arbeiten Sie mit uns gemeinsam daran, daß sich diese Kluft verringert. Ihr Engagement in Gebet, Forschung und Finanzen trägt dazu bei.

Matthias Vollbracht

I N H A L T

Grundfragen der Wirtschaftsethik XII:

Ethik der Globalisierung2

Positionen:

12 Jahre GWE - Geschichte & Geschichten5

Erziehungsgehalt - eine gerechte Förderung von Familien?.....8

Zum Nachdenken: Die Geldsammlung.....9

Aufriss einer christlichen Wirtschaftsethik10

Buchvorstellungen und Rezensionen:11ff.

Neuerscheinungen zur Wirtschaftsethik.....11

Impressum / Über die GWE.....12

Grundfragen der Wirtschaftsethik XII: Ethik der Globalisierung

Ökonomische Globalisierung zwischen Verantwortung und Sachzwängen - von Werner Lachmann

Der Begriff „Globalisierung“ ist zum neuen Schlagwort geworden. Gewarnt wird auf der einen Seite vor den „schrecklichen Folgen“ der Globalisierung, die eine eigenständige staatliche Wirtschaftspolitik unmöglich macht. Auf der anderen Seite wird die Globalisierung gepriesen als das Heilmittel zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme. Man spricht deshalb einerseits von der „Globalisierungsfalle“ und den „Grenzen des Wettbewerbs“ und andererseits von „Systemwettbewerb“ und erhofft sich durch den Zwang der Globalisierung eine auf die Bürger und das langfristige Wohl der Gesellschaft hin ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Wie ist die Globalisierung und wie sind ihre Folgen ethisch zu bewerten?

Freihandel und Wohlstand

Das Phänomen der Globalisierung entstand mit der europäischen Expansion im 17. Jahrhundert. Das Wort selber wurde erst in der letzten Hälfte des 20. Jahrhunderts genutzt und bezeichnet eine fortgeschrittene durchstrukturierte internationale ökonomische Kooperation. Global tätige Firmen verhalten sich fast so, als ob diese Welt aus einem einzigen Land bestünde. Einen großen Fortschritt in der Globalisierung (Freihandel) konnte ge-

gen Ende des letzten und Anfang dieses Jahrhunderts beobachtet werden. Unter dem Einfluß von Großbritannien stiegen internationaler Handel und Kapitalverkehr stark an; außerdem kam es zu einer hohen Migration, insbesondere in die USA. Diese Internationalisie-

„Tatsächlich waren die grossen Unternehmen die Ersten, die die Globalisierung des Finanzsystems eingeläutet haben und diese nun [...] als Alibi für eine rein defensive, ausschliesslich auf „Sozialpläne“ beschränkte Anstellungspolitik benutzt haben.“

Attac (1998 gegründete Bewegung zur Besteuerung weltweiter Finanzströme)

rung führte zu einem hohen Wohlstandsgewinn, der durch die zwei Kriege zu Beginn dieses Jahrhunderts unterbrochen wurde. Fehlende ökonomische Kooperation führte zu der großen Depression nach dem ersten Weltkrieg und den schwerwiegenden Folgen, die letztlich in den zweiten Weltkrieg mündeten. Um diese politischen Fehler zu vermeiden und Stabilität und Wohlstand zu erreichen wurde schon gegen Ende des zweiten Weltkriegs in einer Konferenz in Bretton Woods in New Hampshire

/ USA eine internationale Kooperation und Koordination vereinbart, die insbesondere zur Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank führten. Im handelspolitischen Bereich scheiterte die Internationale Handelsorganisation (ITO) am Widerstand der Amerikaner, so dass es nur beim vorläufigen GATT blieb.

Das Ergebnis der stärkeren ökonomischen Integration war vermehrter

stieg des internationalen Handelsbeitrags.

Die Entwicklung der Anteile der Exporte am Volkseinkommen, gemessen in Preisen von 1990, kann aus folgender Tabelle ersehen werden: Allerdings hat sich die Struktur des Handels geändert. Während zu Beginn dieses Jahrhunderts der größte Teil des Handels in landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen lag machten diese Exporte

Entwicklung der Anteile der Exporte gemessen am Volkseinkommen (gemessen in Preisen von 1990)

Land/Jahr	1913	1929	1950	1973	1992
Argentinien	6,8	6,1	2,4	2,1	4,3
Frankreich	8,2	8,6	7,7	15,4	22,9
Deutschland	15,6	12,8	6,2	23,8	32,6
Indien	4,7	3,7	2,6	2,0	1,7
Japan	2,2	3,6	3,3	5,0	7,4
Niederlande	17,8	17,2	12,5	41,7	55,3
Großbritannien	17,7	13,3	11,4	14,0	21,4
USA	3,7	3,6	3,0	5,0	8,2

Quelle: A. Maddison, *Monitorin the World Economy, 1820-1992*, Paris 1995, OECD, S. 38; nach Peter Temer: *Globalization, Oxford Review of Economic Policy 15: 4 (Winter 1999)*, S. 76-89, hier: S. 84.

Wohlstand, größere politische Stabilität und rasche Ausbreitung von Bildungsmöglichkeiten und technologischem Fortschritt. Im Rahmen von Zollhandelsrunden gelang es dem GATT die Zölle zu reduzieren, was ebenfalls zu einem starken An-

einen immer geringeren Anteil der Weltexporte aus.

Folgen der Globalisierung

Was sind die Auswirkungen der Globalisierung? Zunehmende Globalisierung führt zu einer Angleichung von technologischem Wissen und Lebensstandard, aber auch zu einer Angleichung von Preisen und Löhnen. Internationaler Handel ist gut für die Konsumenten, bringt aber Anpassungsdruck für weniger wettbewerbsfähige Sektoren wie z.B. Landwirtschaft und Textilindustrie. Eine stärkere Globalisierung kann auch zur ökonomischen Instabilität beitragen. Hier wäre einzuwenden, dass eine Isolierung der nationalen Ökonomien wohl schwerwiegendere Folgen hat als eine Öffnung zur stärkeren Internationalisierung. Der Versuch der Nationalstaaten, sich in der Zwischenkriegsperiode vom Weltmarkt abzuschotten, führte geradewegs in die große Depression mit katastrophalen ökonomischen und politischen Folgen.

Zunehmende Globalisierung erfordert jedoch einen Rechtsrahmen, der von allen Handelspartnern eingehalten wird, nicht umsonst ist

Marktwirtschaft und Ethik - Lit - Marktwirtschaft und Ethik



GWE-Reihe: Marktwirtschaft und Ethik

- Impulse zum Handeln

Erhältlich im
GWE-Sekretariat
Oberwald 25
A-8563 Ligist, Tel./Fax. 0043/316/253139
(Preisangaben gültig bei Direktbestellung zzgl.
Versandkosten)

Band 1: Die Arbeitsgesellschaft in der Krise (DM 15,--)

- Konsequenzen für den einzelnen und für die Volkswirtschaft. Münster, 1995. ISBN 3-8258-2575-2.

Band 2: Sonntagsarbeit aus ethischen Gründen? Eine wirtschaftsethische Analyse. (DM 45,--)

Christiane Suthaus. Münster, 1997, ISBN 3-8258-2812-3.

Band 3: Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft - Chancen und Risiken. (DM 15,--)

Münster, 1996, ISBN 3-8258-2819-0

Band 4: Der wirtschaftliche Ansatz in der Theologischen Ethik von Helmut Thielicke. (DM 40,--)

Silke Bremer. Münster, 1996, ISBN 3-8258-3082-9.

Band 5: Globalisierung: Arbeitsteilung oder Wohlstandsteilung? (DM 15,--)

Münster, 1998, ISBN 3-8258-4072-7. (Band 6 in Vorbereitung)

Anzeige

Grundfragen der Wirtschaftsethik XII: Ethik der Globalisierung

1995 die Welthandelsorganisation gegründet worden, die neben dem alten GATT, das den Handel in Waren und Gütern regelte, nun mit dem GATS auch die Dienstleistungen regelt (General Agreement on Trade and Services) und dem TRIPS-Abkommen, das die Eigentumsrechte an geistigem Eigentum absichert.

Die stärkere Internationalisierung verschärft den Wettbewerb zwischen den Firmen. Auf der einen Seite führt der Wettbewerb zu einer Verbesserung der Wohlfahrt. Schumpeter spricht vom Wettbewerbsprozess als von einer „schöpferischen Zerstörung“, in dem bessere Produkte und Produktionsverfahren gute Produkte und Produktionsverfahren verdrängen. Der Wettbewerb gefährdet jedoch den Schwächeren, der aus hier nicht zu untersuchenden Gründen nicht mehr wettbewerbsfähig ist, weil er Anpassungen an die moderne Technik versäumt hat oder in einem geringeren Maße leistungsbereit ist als andere Wettbewerber. Die durch den Wettbewerb gefährdeten Sektoren versuchen sich gegenüber dem Wettbewerber zu schützen. Da es politisch wenig erfolgreich sein wird, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit als Ursache für Schutzmaßnahmen anzuführen, unterstellt man unfaire Praktiken beim Handelspartner und fordert gleiche Wettbewerbschancen.

Auf zwei dieser Forderungen will ich hier kurz eingehen, nämlich auf die Forderung Kinderarbeit zu verbieten und solchen Ländern, die dem Verbot der Kinderarbeit nicht Folge leisten, Exporte zu verweigern, und Länder mit geringen Sozialstandards ebenfalls durch protektionistische Maßnahmen „zur Raison zu bringen“. Wie ist dieses anscheinend wohlmeinende Argument des Verbotes von Importen, die mit Kinderarbeit angefertigt wurden, ökonomisch und ethisch zu bewerten?

Verbot der Kinderarbeit und Verantwortungsethik

Zuerst muss dargestellt werden, dass Kinderarbeit etwas unmenschliches ist. Es muss ein Ziel der Wirtschaftspolitik sein, Kinderarbeit unnötig werden zu lassen und Kindern Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Die Frage ist nur wie das möglich ist in einer Welt mit

knappen Ressourcen? Auf die grausamen Erfahrungen des letzten Jahrhunderts in Deutschland muss verwiesen werden als Kinderarbeit gang und gäbe war und schon vierjährige Kinder in Manufakturen arbeiten mussten. Sie hatten die gleichen langen Arbeitszeiten wie Erwachsene und waren in keiner Weise geschützt. Es war ein langer Prozeß, verbunden mit steigendem Wohlstand und besseren technischen Möglichkeiten, die es den europäischen Ländern gestatteten, langsam die Kinderarbeit abzubauen. Es ist vielleicht interessant zu

beit. Solange eine Gesellschaft nicht in der Lage ist, ohne Kinderarbeit das Wohlergehen von Kindern und Familien zu sichern, ist die Kinderarbeit eine zweitbeste Lösung, weil die beste aus ökonomischen Gründen nicht erreicht werden kann. Kindern würde daher geholfen, wenn ihre Produkte zu günstigen Preisen nachgefragt würden. Industriestaaten sollten Entwicklungsländern helfen, eine Kinderschutzgesetzgebung aufzubauen und dafür Sorge tragen, dass zumindest halbtags ein Schulbesuch möglich ist, eine Verbindung von

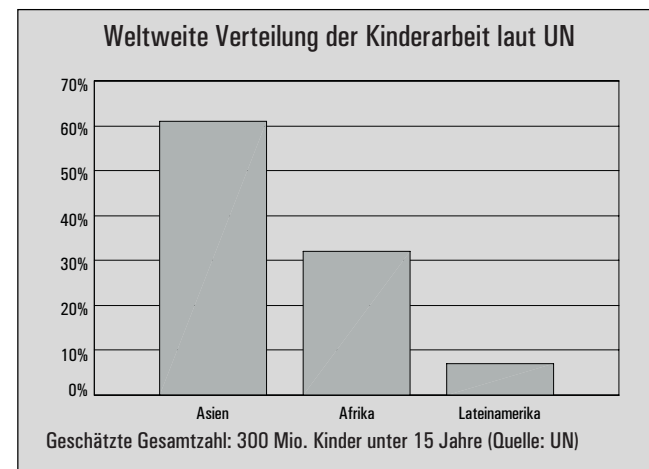
Menschen ausnutzen um ihre eigenen Profite zu Lasten der Kinder in der Dritten Welt zu erhöhen!

Wenn es den Bürgern in den Industrieländern wirklich um eine Verbesserung des Loses der Kinder in der Dritten Welt gehen würde, dann wäre es notwendig dort Schulen zu bauen, Lehrer zu bezahlen und durch Schulspeisungen und Unterstützung dieser Kinder die Notwendigkeit der Kinderarbeit abzubauen. Die krasse Not zwingt diese Kinder zur Kinderarbeit! Unsere sogenannte Hilfe für diese Kinder bringt sie in noch größere Not und Verzweiflung!

Harmonisierung von Umwelt- und Sozialstandards?

In ähnlicher Weise muss auch auf die Forderung nach einer Harmonisierung von Löhnen, Sozial- und Umweltstandards argumentiert werden. Im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung und mit höherem Wohlstand werden höhere Sozial- und Umweltstandards nachgefragt. So wie wohlhabendere Eltern ihre Kinder in die Schule und nicht zur Arbeit schicken, so werden wohlhabendere Schichten der Bevölkerung bessere Umweltstandards fordern und eine größere soziale Sicherheit anstreben. Die Verbesserung von Umwelt- und Sozialstandards in den Industriestaaten war ebenfalls eine Folge zunehmenden wirtschaftlichen Wohlstands, das Ergebnis der Überwindung der Armut.

Entwicklungsländer haben diesen Wohlstand noch nicht erreicht. Ihre Wettbewerbsvorteile liegen darin, dass sie zu niedrigeren Löhnen und geringerer sozialer Absicherung mit den produktiveren Arbeitern der Industriestaaten konkurrieren. Ihnen diese Möglichkeiten zu rauben führt dort zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und zu einem Abblocken des Wachstums- und Entwicklungsprozesses, den Regierung und Bürger der Industriestaaten doch anscheinend wollen. Auch hier besteht die Antwort darin, Exportmöglichkeiten der Menschen in diesen Entwicklungsländern zu eröffnen statt zu untersagen. Zu beachten sind dabei die positiven ökonomischen Rückwirkungen. Können sich die Bürger dieser Staaten durch Exporte Devisen verdienen, werden sie wiederum hochwertige Produkte



erwähnen, dass insbesondere der Druck des Militärs dazu führte, dass Kinderarbeit in Preußen Mitte des letzten Jahrhunderts verboten wurde. Man hatte festgestellt, dass Kinder aus Arbeiterfamilien in den Städten nicht mehr wehrtauglich waren. Zum Schutz der Verteidigungsfähigkeit (es gab die allgemeine Wehrpflicht) wurde dann auf Druck des Militärs am 8.3.1839 das preußische Regulativ durchgesetzt, obgleich schon vorher ethisch gesonnene Fabrikanten und einige christliche Kreise versuchten, Kinderarbeit zu verbieten. Kinder unter neun Jahren wurden nun geschützt; ebenso waren Höchstarbeitszeiten vorgesehen.

Der Ökonom und Ethiker muss fragen welche Alternativen Kinder heute in der Dritten Welt haben. Die armen Kinder der Dritten Welt stehen vor folgenden Alternativen:

- Verhungern
- Arbeiten
- Prostitution
- Raub und andere kriminelle Handlungen

Betrachtet man diese vier Möglichkeiten dann ist die beste die der Ar-

Kinderarbeit und Schulbildung! Das anscheinend für die Kinder wohlmeinende Verbot der Importe von Produkten, die diese Kinder herstellen, bringt sie nur in größere Not, da sie dann entweder verhungern oder in kriminelle Tätigkeiten abwandern müssen. Eine Migration in die Industriestaaten wird ja von diesen nicht gewünscht!

Kinder, deren Produkte wir nicht kaufen, werden gezwungen, in solche Bereiche abzuwandern, in denen nationale Käufer auftreten. Das Ergebnis wird sein, dass die Kinder geringere Löhne erhalten als beim möglichen internationalen Verkauf ihrer Produkte. Die Versuche von Industriestaaten durch bestimmte Produktkennzeichnung den Kindern zu helfen stellt sich als Bumerang heraus da die Kinder dadurch benachteiligt werden und man ihnen schadet. Ihnen steht noch weniger die Möglichkeit offen, sich durch ihrer Hände Arbeit Lebensunterhalt und Bildung zu verdienen. Es steht zu vermuten, dass unter dem Deckmantel der Hilfe für die Kinder Interessengruppen in Europa brutal die Ahnungslosigkeit bestimmter ethisch gesonnener

Grundfragen der Wirtschaftsethik XII: Ethik der Globalisierung

der Industriestaaten kaufen, um ebenfalls ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Dies macht sie dann zu wichtigen und ebenbürtigen Partnern der Weltwirtschaft, die unsere Produkte nachfragen und daher bei uns Arbeitsplätze schaffen. Der Handel zwischen Industriestaaten hat die Wohlfahrt erhöht, der Kauf eines französischen Autos in Deutschland schafft Arbeitsplätze in Frankreich und erlaubt dem französischen Bürger einen deutschen Wagen zu kaufen, der dann deutsche Arbeitsplätze sichert. In gleicher Weise gilt dies für die Entwicklungsländer, die politisch und wirtschaftlich noch nicht die Stärke haben um ihre Forderungen gegenüber den Industriestaaten durchsetzen zu können.

Wenn den Industrieländern wirklich daran läge, Umweltstandards und Sozialstandards in der Dritten Welt zu verbessern, dann müssten sie sich an den Kosten beteiligen, so dass es diesen Ländern schon vor dem Erreichen eines bestimmten Einkommensniveaus möglich ist, Sozial- und Umweltstandards einzuführen, die die Industrieländer im Laufe ihrer Entwicklung eben nicht so früh einführen konnten! Auch hier steht zu vermuten, dass die Forderungen nach gleichen Sozialstandards einen versteckten Protektionismus darstellt, dass bestimmte Interessengruppen, die nur ihren eigenen Profit und Wohlstand verfolgen, mit diesen anscheinend sozialen und wohlmeinenden Argumenten das Unglück in der Dritten Welt verlängern und ihre Entwicklungsmöglichkeiten schmälern!

Probleme der Globalisierung

Erwähnt werden muss jedoch, dass zunehmende Internationalisierung und Globalisierung immer einen Anpassungsdruck erzeugt. Eine fortwährende Strukturanpassung von weniger produktiven Sektoren in wettbewerbsfähigere Sektoren mit höheren Einkommen sind die Folge. Dies erfordert eine ständige Anpassung an neue technologische Entwicklungen. Regierungen, die ihrer Bevölkerung diesen Strukturwandel nicht zumuten und mit protektionistischen Maßnahmen ihre Bürger schützen wollen, kommen in die Gefahr, dass ihre Länder wirtschaftlich zurückzufallen. Erwähnt sei nur, dass Argentinien zu Beginn dieses Jahrhunderts das

zweitreichste Land der Welt war. Durch protektionistische Schutzmaßnahmen haben sie es dann geschafft, zu einem Entwicklungsland herabzusinken.

Ein weiteres Problem der Globalisierung besteht in der Migration. Die Wirtschaftstheorie hat herausgearbeitet, dass eine größere Konvergenz, d.h. eine stärkere Anglei-



Prof. Werner Lachmann, Ph.D.
Nürnberg

chung der Lebensverhältnisse zwischen den einzelnen Staaten entweder durch eine Migration oder durch internationalen Handel erreicht werden kann.

Durch internationalen Handel kommt es zu einer besseren Versorgung der Bürger durch günstigere Produkte, gleichfalls werden aber wegen des Wettbewerbsdrucks die Preise in den Industriestaaten unter Druck geraten, und die Arbeiter einen geringeren Lohn erhalten als ohne diesen internationalen Wettbewerb. Der Export erhöht dagegen die Nachfrage und erlaubt damit höhere Preise, eine höhere Entlohnung und eine höhere Beschäftigung für den Exportbereich. Die Arbeitnehmer in der Dritten Welt geben das erworbene Einkommen zum Kauf solcher Produkte aus, die sie nicht erstellen können und die sie für die Modernisierung ihrer Wirtschaft benötigen. Die gestiegene Nachfrage erhöht also im exportierenden Land die Löhne, die Importe drücken den Lohn in solchen Sektoren, die mit den Importen im Wettbewerb stehen. Dies führt zu einer Angleichung der Löhne. Provozierend wurde das in einer Publikation kürzlich einmal so dargestellt „Are our wages determined in Beijing?“ (Werden unsere Löhne in Peking festgesetzt?). Die Industrieländer haben also die Wahl durch

Freihandel zu einem Ausgleich der Lebensverhältnisse beizutragen oder sie kommen unter Migrationsdruck, den sie zwar durch Gesetze verhindern wollen, aber bekanntlich wird versucht, illegal in wohlhabende Länder einzuwandern.

Soziallehre und Migration

Hierdurch entsteht jetzt das ethische Problem, ob eine Migration ethisch befürwortet werden soll oder nicht. Interessant darf der Hinweis sein, dass die katholische Soziallehre ein Recht auf Emigration feststellt. Ein solches Recht auf Emigration hat natürlich nur dann Sinn wenn auch Immigration ermöglicht wird. Wie wird dieses Recht auf Migration begründet?

In der Enzyklika „Laborem Exercens“ (1981) heißt es unter Ziffer 107 bei der Behandlung der Wanderarbeit: „Der Mensch hat das Recht, seine Heimat aus verschiedenen Gründen zu verlassen - wie auch dorthin zurückzukehren - und in einem anderen Land bessere Lebensbedingungen zu suchen. Dies bringt zweifellos Schwierigkeiten verschiedener Art mit sich, vor allem bedeutet es meist einen Verlust für das Land, aus dem jemand auswandert. Ein Mensch verlässt die große, aus Geschichte, Tradition und Kultur zusammengewachsene Gemeinschaft, deren Mitglied er ist, um inmitten einer anderen Gemeinschaft, die durch eine andere Sprache geeint ist, ein neues Leben zu beginnen. Somit geht ein arbeitender Mensch verloren, der mit den Leistungen seines Kopfes oder seiner Hände zur Steigerung des Gemeinwohls im eigenen Lande hätte beitragen können. Nun kommen dieser Beitrag und diese Leistung einem anderen Land zugute, das in gewissem Sinne geringeren Anspruch darauf hat als sein Heimatland“. In Ziffer 109 heißt es: „Die Wanderarbeit darf in keiner Weise eine Gelegenheit zu finanzieller oder sozialer Ausbeutung werden. Hinsichtlich des Arbeitsverhältnisses müssen für die eingewanderten Arbeitnehmer die gleichen Kriterien gelten wie für jeden anderen Arbeitnehmer des betreffenden Landes. Der Wert der Arbeit muss mit dem gleichen Maßstab gemessen werden und nicht nach der verschiedenen Nationalität, Religion oder Rasse. Erst recht darf die Zwangslage, in der ein Ausgewandelter sich befindet, nicht aus-

genützt werden“. In „Sollicitudo Rei Socialis“ (1987) wird dieser Gedanke in Nummer 15 noch einmal unterstrichen. Die Migranten haben ein Recht auf ökonomische Initiativen, die in ihrem Heimatland oft beschränkt sind und demzufolge hat er ein Recht, sich nach einer Umgebung umzusehen, wo seine ökonomischen Möglichkeiten nicht beschränkt werden.

Nach Auffassung der katholischen Soziallehre haben die Ansprüche der Familie ein Vorrecht vor den Ansprüchen des Staates; der Wunsch der Familie, die Lebensumstände zu bessern, darf vom Staat nicht beschränkt werden. In „Populorum Progressio“ (1967) heißt es unter Nummer 69 „die gleiche Gastfreundschaft sind wir auch den Gastarbeitern schuldig, die oft unter menschenwürdigen Bedingungen leben und mit ihrem Geld äußerst sparsam umgehen müssen, um ihre Familie zu unterhalten, die in der Heimat zurückgeblieben ist und Not leidet“.

In der katholischen Soziallehre wird das Recht auf Migration unterstrichen; es ist moralisch nicht verwerflich, obwohl materiell für das Land, aus dem der Migrant auswandert, eventuell ein ökonomischer Nachteil. In „Octogesima Adveniens“ (1971) heißt es unter Nummer 17: „Es ist ein dringendes Gebot, dass nationalistischer Engherzigkeit entspringende Verhalten ihnen (den Gastarbeitern W.L.) gegenüber abzustellen und für sie einen rechtlichen Status vorzusehen, der ihnen das Recht der Auswanderung gewährleistet, die Einbürgerung erleichtert, ihren beruflichen Aufstieg begünstigt und ihnen ausreichende Unterkunftsmöglichkeiten sichert, wodurch es ihnen ermöglicht würde, ihre Familien nachkommen zu lassen.“

Hierin gehören denn auch jene Bevölkerungsgruppen, die ihre Heimat verlassen haben, um Arbeitsgelegenheiten zu suchen oder aus Katastrophengebieten und ungesundem Klima geflohen sind und irgendwo als Heimatlose oder Vertriebene leben müssen.

Pflicht aller, besonders aber der Christen ist es, entschieden zu brüderlicher Verbundenheit der Völker mitzuwirken, ohne die es keine wahre Gerechtigkeit und keinen wahren Frieden gibt“. Unter Hin-

Grundfragen der Wirtschaftsethik XII: Ethik der Globalisierung

weis auf Mt. 25, 35 und 1.Jo.4,8 wird diese Pflicht der Christen belegt, denn Johannes schreibt, „wer nicht liebt, kennt Gott nicht!“ Interessant ist der Hinweis, dass die katholische Soziallehre nicht zwischen Immigranten unterscheidet, die aus ökonomischen Gründen und solchen die aus politischen Gründen auswandern. Die praktizierte Einwanderungspolitik vieler Industriestaaten steht also im Gegensatz zur Soziallehre der katholischen Kirche.

Der Fremdling in der Bibel

Die alttestamentliche Gesetzgebung bezüglich der Fremdlinge unterscheidet zwischen dem Ausländer, der nur vorübergehend in Israel weilte und dem „Schutzbürger“, der seinen ständigen Wohnsitz in einem fremden Land hat. Der Fremdling oder Schutzbürger hatte in Israel bestimmte Rechte, so durfte er von den Israeliten nicht unterdrückt werden (2.Mo.22,20; 23,9; 3Mo.19,23f). Gott fordert die Israeliten sogar auf, die Fremdlinge zu lieben (5.Mo.10,19). Ein Schutzbürger sollte sich auch am Sabbat erquicken dürfen (2.Mo.23,12). Ihm war auch die Nachlese im Weinberg und bei der Ernte vorbehalten (3.Mo.19,10; 23,22; 5.Mo.24,19-21). Auch der Fremdling durfte am Sabbat und am Versöhnungstag nicht arbeiten (2.Mo.20,10; 3.Mo.16,29), ebenso wenig durfte er den Namen Jahwes lästern und kein unreines Fleisch essen. Nach 3.Mo.24,22 steht der Fremdling auf gleicher Stufe wie der Israelit und nach Hes.47,22f hat er im messianischen Zeitalter sogar Anteil am Erbe Israels.

Christen waren „Fremde und Schutzbürger“ (Eph.2,12.19f) und leben als solche auf dieser Erde (1.Petr.2,11). Sie sind nach dem Evangelium zwar vom Bürgerrecht Israels ausgeschlossen aber gemeinsam Erben im neuen Israel Gottes.

Der Fremdling stand in Israel unter dem Schutz Gottes, weil er schutzlos war. Gott verweist auf die Fremdlingsschaft Israels in Ägypten und in Erinnerung daran hat Israel einen besonderen Schutzauftrag an Fremde. Damit kommen wir zur ökonomischen Frage, was die Auswirkungen sind, wenn Fremdlinge in einem hohen Maße einwandern, wobei die israelitische

Gesetzgebung klar davon ausgeht, dass sich auch Ausländer an die einheimischen Gesetze zu halten haben! Es stellt sich die Frage, inwieweit durch zunehmende Globalisierung Arbeitsplätze gefährdet werden durch die Konkurrenz der Ausländer und durch das Abwandern von Kapital. Insbesondere wird befürchtet, dass es, soweit es die Sozialgesetzgebung betrifft, einen „race to the bottom“ gibt, eine Verschlechterung der sozialen Lage der einheimischen Arbeitnehmer.

Globalisierung und soziale Sicherheit

Theoretisch stehen ausländische Arbeitnehmer im Wettbewerb mit Inländern um knappe Arbeitsplätze. Globalisierung bedeutet internationaler Wettbewerb um Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite nehmen in Deutschland Ausländer oft solche Plätze ein, die deutsche nicht

annehmen wollen. In bestimmten Berufen möchten einheimische Arbeitnehmer nicht arbeiten. Gelegentlich klagen mir Landwirte, dass sie keine Aushilfskräfte finden, die während der Erntezeit mitarbeiten. Deshalb dürfen polnische Gastarbeiter während der Ernte helfen. Obgleich hierdurch keine deutschen Arbeitsplätze gefährdet sind, gibt es entwürdigende rechtliche Regelungen, so dass es gelegentlich zu „Polenhatz“ kommt, was im Grunde genommen gegen ethische Vorstellungen, die katholische Soziallehre und auch christliche Nächstenliebe verstößt. Ebenfalls fehlen uns in Deutschland gut ausgebildete Facharbeiter, insbesondere im Bereich der Informatik. Verwiesen sei nur auf die „Green Card“-Initiative. Jene Gastarbeiter helfen deutschen Firmen, ihre Produktivität zu steigern. Zum Teil hat die deutsche Bildungspolitik hier

internationale Tendenzen verschlafen und demzufolge hilft es der deutschen Wirtschaft, Ausländer einzustellen.

Es stellt sich die schwierige Frage, ob für ein Land der Inländer oder der Ausländer einen höheren Schutz haben sollte. Muss der Staat intervenieren, um die sozialen Belange seiner eigenen Bürger stärker zu schützen oder haben Fremdlinge gleiche Rechte?

Hinter diesem Gedanken steht die Angst, dass wir von Fremdlingen überschwemmt werden. Dies ist aber nicht das Ergebnis eines unumkehrbaren Prozesses sondern das Ergebnis diskriminierender Wirtschaftspolitik. Weltweit gesehen gibt es keinen Vorrang einer Nation vor einer anderen. Warum sollten US-Amerikaner, Japaner oder Europäer ein Recht darauf ha-

12 Jahre GWE - Geschichte & Geschichten

Von einer Idee zur Organisation - Werner Lachmann

Am 30. Mai 1988 trafen sich in Mainz die Herren Dr. Manfred W. Kohl, Prof. Werner Lachmann, Karl Schumann, Friedrich-Wilhelm Seinsche und Dr. Karl-Heinz Walper um die Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. zu gründen. Das schriftliche Einverständnis von Dr. Haupt, Dr. Resch, Wilhelm Stahl-schmidt, Frau Szlovak und Karl Weiß lag bei grundsätzlicher Zu-

der Gemeinnützigkeit erfolgte schon am 14.07.1988, ins Vereinsregister Mainz wurde die GWE am 05.12.88 eingetragen. Wie kam es zur Gründung der GWE?

Anlässlich einiger Vorträge beim VcK (Verband christlicher Kaufleute) sprach ein Unternehmensberater Heinrich aus Hagen mit einigen VcK-Verantwortlichen über die Möglichkeit, Wissenschaftler mit christlichem Hintergrund zu fördern, um sowohl für die wissen-

sprache statt, wobei einige das Ziel ansprachen, eine christliche Universität zu gründen. Erinnerung ist mir noch, dass ein Sitzungsteilnehmer meinte, ich solle zum Herrn Ministerpräsidenten gehen und ihm vorschlagen, eine christliche Universität zu gründen, die er dann finanzieren möge. Die Unmöglichkeit dieses Ansinnens wurde nach einiger Zeit eingesehen und so entstand der Gedanke, gewisse Module mit einzelnen Wissenschaftlern an verschiedenen Universitäten zu gründen, die dann als Fernziel zu einer christlichen Universität führen könnte.

Da Wort und Wissen schon stark im Bereich der Naturwissenschaft tätig waren, sollte mit dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften angefangen werden, wobei von Anfang an eine Zusammenarbeit mit Wort und Wissen vorgesehen war. Schon für den Herbst 1988 oder Frühjahr 1990 sollte eine Tagung zum Thema „Glaube, Ethik und Staat“ durchgeführt werden. Die Vorarbeiten ließen sich aber nicht so zügig durchführen, so dass die erste Tagung auf Gut Holmecke bei Hemer im Sauerland vom 1.-4. November 1990 stattfand. 82 Teilneh-



stimmung zum Satzungsentwurf vor. Unter dem Versammlungsleiter Dr. Walper wurden dann die Aufgaben und Ziele des Vereins diskutiert und der Vorstand gewählt mit der Bitte, alle weiteren Schritte zu unternehmen. Die Anerkennung



schaftliche Forschung als auch für die christliche Praxis des Kaufmanns ethische Entscheidungshilfen zu liefern. Es fanden im Jahre 1987 mehrere informelle Ge-

Grundfragen der Wirtschaftsethik XII: Ethik der Globalisierung

ben, wirtschaftlich besser stehen zu können als Chinesen, Inder oder Afrikaner? Allen müssen gleiche Möglichkeiten gegeben werden. Hiergegen haben Industriestaaten verstoßen, wobei anerkannt werden muss, dass die nationale Wirtschaftspolitik, das Arbeitsethos und eine funktionsfähige Bürokratie einen erheblichen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes haben. Die Sowjetunion, viele afrikanische Staaten und auch einige Länder Lateinamerikas haben sich durch ihre Wirtschaftspolitik in die schwierige wirtschaftliche Lage manövriert, wie auch die inflexible Wirtschaftspolitik der Europäer Gefährdungen der Wohlfahrt der europäischen Länder mit sich bringt.

Auf der anderen Seite, vielleicht als Ergebnis des früheren Kolonialismus, haben sich Strukturen entwickelt, die die Industrieländer begünstigten. Macht ging auch in diesem Fall vor Recht! Zu Lasten der Weltgemeinschaft haben sich die Industriestaaten teilweise bereichert. Daher müssen gleiche Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung hergestellt werden, d.h. eine größere Liberalisierung im Außenhandel, ein Abbau der Protektion, ein Öffnen deutscher Märkte gegenüber den Produkten aus der Dritten Welt. Verwiesen sei noch einmal darauf, dass dies die Wettbewerbssituation für bestimmte Bereiche der Bevölkerung erhöht, gleichzeitig aber neue Möglichkeiten schafft, da mit dem erworbenen Einkommen die Ausländer Devisen erwirtschaften, die sie wiederum zum Kauf von höherwertigen Gütern aus Industriestaaten verwenden. Wirtschaftlicher Wohlstand entsteht durch Arbeitsteilung; internationaler Handel und Globalisierung sind keine Einbahnstraßen, kein Nullsummenspiel. Stattdessen helfen sie beiden Tauschpartnern zu einer höheren ökonomischen Wohlfahrt, soweit internationale Regeln eines fairen Wettbewerbs eingehalten werden, d.h. eine Nichtdiskriminierung international durchgesetzt wird, wie es die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf anstrebt.

Nationale Eigensüchteleien erschweren die wirtschaftliche Entwicklung in den benachteiligten Ländern, da auf Druck der Interessengruppen und Lobbyisten die Po-

litiker der Industriestaaten die zum Teil unwirtschaftlichen Arbeitsplätze im eigenen Land mit protektionistischen Maßnahmen schützen und die Schuld für ökonomische Probleme nicht der verfehlten Wirtschaftspolitik des eigenen Landes sondern der Globalisierung ankreiden.

Arbeitskräfte sind nicht so mobil wie Kapital. Allein kulturelle und sprachliche Voraussetzungen sind nicht derart, dass jeder in jedes Land wandern kann. Von daher sind der Migration stärkere Grenzen gesetzt. Eine gewisse Ungleichheit wird in Kauf genommen, wenn Menschen Entwicklungsmöglichkeiten sehen. Dies ist in vielen Ländern heutzutage nicht der Fall. Statt über Handel die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, werden sie über verfehlte Entwicklungshilfe korrumpiert, werden unproduktive Eliten durch die Politik der Industriestaaten unterstützt, so dass manche Menschen nur über Auswanderung eine Möglichkeit sehen, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Die Entwicklungshilfe sollte besser eingestellt und als Anpassungshilfen für die Bevölkerungsschichten verwendet werden, die unter dem stärkeren Importdruck leiden. Entwicklungsländer sollten über Handel sich ihre Ressourcen verdienen statt sie sich über Entwicklungshilfe erbetteln zu müssen und damit der Korruption anheimfallen.

Race to the Bottom?

Kapital ist mobil. Es wird befürchtet, dass Kapital in solche Länder geht, die geringe Umweltschutz- und Sozialstandards haben, weil dann anscheinend der „shareholder value“ maximiert werden kann. Das Kapital ist auf der ständigen Suche nach Profiten und wird demzufolge auch motivationsethisch angeklagt. Dem ist aber entgegenzuhalten, dass Kapital Rechtssicherheit benötigt, dass Firmen ihre Investitionen nicht dort vornehmen, wo wirtschaftspolitische Unsicherheiten und Armut herrscht.

Die stärkere Globalisierung ermöglicht den Bürgern größere Freiheiten, da es hier zu einem Wettbewerb der besseren Wirtschaftspolitik, zu einem Systemwettbewerb kommt. Die Bürger dieser Erde suchen sich jene Länder aus, die ihnen das beste Kosten-Nutzenver-

hältnis der zu zahlenden Steuern und Regulierungen aufzeigen.

Vor dem neuen Schub der Globalisierung war der Staat der letzte Monopolist, demgegenüber die Bevölkerung kaum Schutzmöglichkeiten hatte. Selbst das demokratische System gab den Bürgern wenige Möglichkeiten gegen eine korrupte Politikerklasse vorzugehen. Die Bürger haben im politischen Raum wenig Mitwirkungsmöglichkeiten, da in einem hohen Maße die Parteien die Politik eines Landes bestimmen und die Bürger kaum Alternativen haben. Die Enttäuschung gegenüber der politischen Klasse ist an der geringen Wahlbeteiligung absehbar. Die politische Ethik, wie viele Affären zeigen, lässt zu wünschen übrig. Zunehmende Globalisierung deckt schlechte Politik auf. Flexible Staaten mit einer leistungsfähigen und anpassungsfähigen Bevölkerung werden gegenüber solchen Staaten, die ihre Bürger zu stark bevormunden und ihnen wenig ökonomische Einflussmöglichkeiten geben, bevorzugt sein. Die hohe steuerliche Belastung vieler Industriestaaten führt dazu, dass die Länder, die ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis ihren Bürgern geben, von der aktiven Bevölkerung bevorzugt werden. Hierdurch werden dem Nationalstaat, dem letzten Monopolisten, Grenzen gesetzt, was die Freiheit der Bürger erhöht. Von daher ist die zunehmende Globalisierung ethisch positiv zu bewerten. Wie jedoch alles seit dem Sündenfall ambivalent ist, sind auch die Auswirkungen der Globalisierung in gewisser Weise ambivalent. Sie fördern den Menschen mit hohem Arbeitsethos und hoher Flexibilität, sie verschlechtern die Situation des weniger Leistungswilligen.

Die Argumentation, dass die Mobilität des Kapital zu einem „race to the bottom“ führe, hat sich bisher empirisch nicht bestätigen lassen, so dass die Furcht vor diesen Auswirkungen der Globalisierung unbegründet erscheint. Statt über die partiell negativen Auswirkungen verstärktem Wettbewerbs der Globalisierung zu klagen, sollten Bürger, Medien und die Politik die Chancen der Globalisierung ergreifen und sich mit einer flexibleren Politik, durch Strukturreformen usw. für den härteren Wettbewerb vorbereiten, der eine nationale Be-

lohnung ermöglicht. „Ohne Schweiß keine Preis“, sagt schon das Sprichwort. Dies gilt insbesondere bei Intensivierung des Wettbewerbs durch zunehmende Globalisierung. Der Preis für erfolgreiche Anpassungen ist hoch. Insbesondere weil die Industriestaaten einen hohen Vorsprung haben, werden sie eher in der Lage sein ihre benachteiligten Bürger zu unterstützen und zu kompensieren und durch die stärkere Globalisierung die Wohlfahrt ihrer Nationen zu erhöhen. Globalisierung birgt auch für uns eine hohe Chance.

Prof. Werner Lachmann

(Werner.Lachmann@wiso.uni-erlangen.de)

Ausgewählte Links im WWW:

<http://www.wto.org>

Homepage der Welthandelsorganisation WTO. Hält unter anderem die aktuelle Studie der Welthandelsorganisation zum Thema „Trade and Environment“ zum Download bereit.

<http://www.bmz.de>

Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. In der „Infothek“ ist die Homepage mit einer Reihe von anderen Organisationen verlinkt, die an entwicklungspolitischen Themen arbeiten.

<http://www.oneworldweb.de>

Versteht sich als „deutschsprachiger Treffpunkt für Umwelt, Entwicklung, Menschenrechte, Frieden und Soziales“. Verlinkung unter anderem mit terre des hommes Deutschland. Dort sind u.a. Studien zum Thema Kinderarbeit veröffentlicht. (www.oneworldweb.de/tdh/)

<http://www.attac.org>

„Association for the taxation of financial Transactions for the aid of citizens“. Netzwerk von Bürgern, Vereinigungen, Gewerkschaften und Medien mit dem Ziel, mit Hilfe von Spekulationssteuern die Globalisierung der Finanzmärkte zu reduzieren.

<http://www.iw-koeln.de>

Homepage des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Online-Archiv des Informationsdienstes iwd, in dem Studien zur Globalisierung, internationalem Handel, internationaler Einkommensentwicklung usw. veröffentlicht sind.

http://www.deichmann.de/seiten/sub_index5.htm

Beispiel für konkrete Maßnahmen eines deutschen Unternehmens auf der Zuliefererseite in Dritte-Welt-Ländern höhere Standards zu unterstützen.

12 Jahre GWE - Geschichte & Geschichten

mer kamen von Wien bis Hamburg und diskutierten in großer Heterogenität wirtschaftspolitische Probleme.

Die erste Tagung werde ich wohl für immer im Gedächtnis behalten, da sie zu heftigen Diskussionen Anlaß gab. Der süddeutsche Unternehmer Friedrich Schock hielt einen Vortrag zum Thema „Der Unternehmer in der Spannung zwischen Sachzwängen und Gewissen“. Während seines Vortrags wurde er gefragt, ob er auch Badenwännen an ein Freudenhaus liefern würde. Das Entsetzen über diese Frage war einigen Anwesenden an-



*Helmut Matthies, Wezlar
idea Nachrichtenagentur*

zumerken, Herr Schock antwortete gelassen: Gerade die brauchen gute Produkte! Unter der großartigen Betreuung von Gut Holmecke und Karl Schumann erlebten wir vier ereignis- und diskussionsfreudige Tage. Heftig wurde über den Unterschied zwischen Motivationsethik und Verantwortungsethik gestritten. Der Hinweis auf eine Entscheidung des Vatikans bezüglich der Steuerehrlichkeit erhitze die Gemüter ebenso wie die Frage an den Unternehmer Schock. Wegen der größeren Steuerehrlichkeit Südtiroler Unternehmer hatten italienische Anbieter Wettbewerbsvorteile, so dass Südtiroler Handwerker in Existenznot gerieten. Eine Entscheidung des Vatikans hatte zum Inhalt, dass Südtiroler Unternehmer 30% ihrer Einnahmen nicht deklarieren, ihre Ausgaben aber voll deklarieren sollten, um distributive Gerechtigkeit herzustellen. Als Begründung sei angegeben worden, wenn der Staat nicht für gerechte Rahmenbedingungen Sorge, dann müsse es die Kirche tun! Bis tief in die Nacht wurde darüber diskutiert, ob diese von der Kirche „legalisierte Steuerhinterziehung“ ethisch verwerflich oder verantwortungsethisch eine

kluge Lösung gewesen sei, um die Überlebensfähigkeit Südtiroler Handwerksbetriebe zu sichern.



*Helmut Burkhardt, Basel
Theologe*

Diese Spannung zwischen Motivationsethik auf der einen Seite und Verantwortungsethik auf der anderen Seite durchzog die wissenschaftliche Diskussion als auch die engagierte Diskussion mit Praktikern eigentlich während der ganzen Zeit. Ein weiteres amüsantes Erlebnis ist mir in Erinnerung geblieben. Es ging um das Problem der Sonntagsarbeit. Darf ein Christ sonntags arbeiten? Darauf erzählte ich, dass in meinem Wohnort im Mainzer



*Karl Farmer, Graz,
Professor für VWL*

Raum ein Schlüsseldienst am Sonntag zu uns kommen musste, weil wir uns ausgeschlossen hatten. Der Unternehmer war als Christ bekannt. Als ich nach der Rechnung fragte sagte er: Sonntags arbeite ich nicht, aber Menschen in Not helfen, das ist eine Verpflichtung, die ich auch am Sonntag wahrnehmen kann. Als ich dies dem ehemaligen österreichischen Finanzminister und Landeszentralbankpräsident Wolfgang Schmitz erzählte meinte er trocken: Bei uns in Österreich verlangen sie am Sonntag immer das Doppelte! Eine geschickte Lösung eines Unternehmers, am

Sonntag Gutes tun zu können und an diesem Tag nicht seinen Gewinn verfolgen zu müssen. Ein nachahmenswertes Beispiel?

Die GWE hat sich in Zusammenarbeit mit Wort und Wissen dann in den Folgejahren folgenden Themen gewidmet:

- 1990: (Gut Holmecke bei Hemer / Sauerland): Wirtschaftsethik in einer pluralistischen Welt.
- 1991: (Gut Holmecke): Entwicklungsförderung - Ost-West-Anpassung und Nord-Süd-Ausgleich.
- 1992: (Gut Holmecke): Umwelt-Wirtschaft-Ethik. Die ökologische Herausforderung aus wirtschaftlicher und ethischer Sicht.



*Friedrich Schock, Schorndorf,
Unternehmer*

- 1993: (Friedrichroda / Thüringen): Selbstorganisation in Markt und Management. Fragen an das Evolutionsparadigma in Wirtschaftswissenschaften.
 - 1994: (Friedrichroda / Thüringen): Die Arbeitsgesellschaft in der Krise: Konsequenzen für den Einzelnen und die Volkswirtschaft.
 - 1995: (Friedrichroda / Thüringen): Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Chancen und Risiken.
 - 1996: (Friedrichroda / Thüringen): Unternehmensethik - Wahre Lehre oder leere Ware?
 - 1997: (Friedrichroda / Thüringen): Globalisierung: Arbeitsteilung oder Wohlstandsteilung.
 - 1998: (Bad Blankenburg / Thüringen): Die Werte Krise. Eine Bedrohung für Wirtschaft und Gesellschaft?
 - 1999: (Bad Blankenburg / Thüringen): Individuelle Freiheit versus staatliche Lenkung. Markt und Staat im Lichte christlicher Wirtschaftsethik.
 - 2000: (Bad Blankenburg / Thüringen): Grenzenlos arbeiten? Christliche Ethik der Arbeitszeit.
- Neben diesen Tagungen begann die GWE für Studenten ein Doktoran-

denseminar im Rosenschlösschen durchzuführen, in welchem Doktoranden ihre Dissertationsthemen



*Christine Lieberknecht,
Erfurt, Ministerin*

untereinander und mit Mitgliedern der GWE diskutieren konnten. Schon 1989 begannen wir damit, zweimal jährlich ein Mitteilungsblatt mit dem Titel „Wirtschaft und Ethik“ herauszugeben, das über die GWE, ihre Forschung und Tagungen berichtet sowie Grundfragen der Wirtschaftsethik behandelt und Hinweise auf wirtschaftsethische Publikationen liefert. Begonnen wurde auch eine Diskussionspa-



*Reinhard Haupt, Jena
Professor für BWL*

pierreihe. Anlässlich einer GWE-Tagung meinte einer meiner Kollegen, dass die Gemeinschaft und Stimmung auf diesen Tagungen sich erheblich unterscheidet von der anderer Tagungen. Er war über die Herzlichkeit, Ernsthaftigkeit und Klarheit der Diskussionen erfreut, so dass er den Wunsch äußerte, in der GWE mitzuarbeiten. Und dies soll auch weiterhin zum Aushängeschild der GWE gehören, das wir uns in gegenseitigem Respekt, in Herzlichkeit und mit Sachverstand wichtiger wirtschaftsethischer Probleme in unserer Gesellschaft annehmen.

Prof. Werner Lachmann

Erziehungsgehalt - eine gerechte Förderung von Familien?

Mehr Wahlfreiheit für die Eltern - ein Plädoyer von Simone Wenzler

In Deutschland leben knapp 10 Millionen Familien mit Kindern. Sie sind die kleinsten Einheiten und gleichzeitig die tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Das Schlagwort „Ohne Kinder keine Zukunft“ stellt eine ebenso einfache wie unumstößliche Wahrheit dar.

Zu den vielfältigen problematischen Entwicklungen im Zusammenhang mit Familien gehört die steigende Zahl kinderloser Frauen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Tatsache, dass laut Umfragen viele junge Menschen im Alter zwischen 16 und 18 durchaus mehr als ein Kind für ihr Leben planen. Werden diese Personen jedoch später erneut nach der Realisierung ihrer Wünsche gefragt, liegt die durchschnittlich realisierte Kinderanzahl deutlich unter dem zuvor Gewünschten. Als Hauptursachen für diese Entwicklung lassen sich mit großer Übereinstimmung der finanzielle Aufwand und der Mangel an Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und beruflicher Tätigkeit erkennen.

Kinder kosten Geld

Durch die Entscheidung für eines oder mehrere Kinder sinkt das Pro Kopf Einkommen eines Paares ganz erheblich. Besonders problematisch ist diese Tatsache jedoch in einer Gesellschaft, in der nicht Familien sondern kinderlose Einzelpersonen das soziale Bild dominieren und damit auch den Maßstab darstellen, an dem das eigene Leben gemessen wird. Nach Berechnung des fünften Familienberichts liegen die Kosten für die Erziehung zweier Kinder einschließlich einem 8-jährigen Einkommensausfall eines Erziehenden bei insgesamt rund 800.000,- DM. Dabei geht es nicht nur um massive Einschnitte im Lebensstandard auf Grund des monetären Aufwands für Kinder, sondern auch um die Tatsache, dass Kinder zum Armutsrisiko Nr. 1 in Deutschland geworden sind. Über eine Million Kinder sind derzeit abhängig von Sozialhilfe.

Neben dem finanziellen Aufwand hat das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer mehr an Bedeutung gewonnen. Dabei sind beide Bereiche eng ver-

knüpft, denn die (zeitweise) Unterbrechung der Erwerbstätigkeit führt zu enormen Einkommensverlusten. Diese sind erheblich größer als früher und werden subjektiv wesentlich stärker wahrgenommen. Da Frauen inzwischen nahezu gleiche Schulausbildungsabschlüsse erwerben und auch im Bereich der beruflichen und akademischen Ausbildung mit sehr hohen Prozentsätzen vertreten sind, ist die Ausübung eines entsprechenden Berufes ein naheliegendes Lebensziel. Einer der wesentlichen Faktoren für die gestiegene Erwerbsneigung von Frauen ist darüber hinaus die hohe Scheidungswahrscheinlichkeit. Neben diesen konkret benennbaren Ursachen, wird dieser Trend maßgeblich von dem zunehmenden Streben nach Individualität und Unabhängigkeit motiviert.

Gerechte Familienpolitik

Familienpolitik muss die genannten Fakten ernst nehmen und die Förderung von Familien angemessen gestalten. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund:

- Wie kann horizontale Gerechtigkeit zwischen Erziehenden und Kinderlosen erreicht werden?

- In welchem Maß muss vertikale Gerechtigkeit zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Familien realisiert werden?

- Wie kann die Eigenverantwortung von Eltern unterstützt werden?

- Wie können familienpolitische Maßnahmen ausgestaltet werden, damit sie die Freiheit von Eltern stärken und staatliche Bevormundung minimieren?

Orientiert man die Familienpolitik einerseits an einem Menschenbild, dass die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen für sich und seine Familie im Vordergrund sieht und andererseits an der Zielsetzung der sozialen Gerechtigkeit, dann muss die derzeitige Familienförderung in Frage gestellt werden. Momentan wird die elterliche Erziehungsarbeit in den ersten zwei Lebensjahren einkommensabhängig durch ein Erziehungsgeld von max. 600 DM gefördert, sofern ein Elternteil nicht mehr voll erwerbstätig ist. Andererseits wird die außerhäusliche Kinderbetreuung sehr hoch subventioniert - in Kindergärten handelt es sich dabei um öffentliche Mittel pro

Platz in Höhe von ca. 500 DM monatlich, in Kinderkrippen von über 1.000,- DM monatlich. Die Instrumente sind weder zeitlich noch inhaltlich aufeinander abgestimmt. Es gibt sowohl Familien, die beide Leistungen erhalten als auch Familien, die keine Leistungen erhalten. Durch die Förderform werden Eltern in ihrer Wahl erheblich beeinflusst, da die außerhäusliche Betreuung wesentlich besser gefördert wird, als die persönliche Betreuung durch die Eltern. Diese staatliche Beeinflussung der elterlichen Betreuungsentscheidung entspricht weder den Grundsätzen unseres Sozialstaates, noch einem christlichen Familien- und Menschenbild.

Erfreulicherweise wurde diese Auffassung durch einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im November 1998 ausdrücklich festgehalten und die Familienpolitik zu einer ausgewogenen Förderung angehalten.

Im Nachfolgenden soll das Konzept eines Erziehungsgebhaltes vorgestellt werden, das einerseits die Eigenverantwortlichkeit und Wahlfreiheit der Eltern in den Vordergrund stellt und andererseits trotzdem der oben bezeichneten vertikalen und horizontalen Gerechtigkeit für Familien wesentlich besser gerecht wird, als die derzeitigen Leistungen.

Das Erziehungsgehalt

Das Erziehungsgehalt soll für alle Eltern mit Kindern im Alter von null bis unter drei Jahren monatlich 1.100,00 DM (netto!) und für Kinder im Alter von vier bis unter sechs Jahren 800,00 DM (netto!) betragen. Die Leistung ist unabhängig vom Umfang der Erwerbstätigkeit und von sonstigem Einkommen. Eltern, die ihre Kinder während des Tages selbst betreuen möchten, erleichtert das Erziehungsgehalt den (teilweisen) Einkommensverzicht. Entscheiden sich die Eltern für eine andere Betreuungsform, dann müssen sie die entsprechenden Kosten ganz übernehmen. Die bisherige Förderung der Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen würde entfallen. Eine Sonderregelung für die pädagogisch bedeutsamen Kindergärten wäre dabei jedoch notwendig. Durch das Erziehungsgehalt wür-

den Eltern auf dem „Betreuungsmarkt“ zum kaufkräftigen Nachfrager. Wenngleich die bestehende Kontrolle der pädagogischen Qualität, aber auch z. B. der hygienischen und räumlichen Bedingungen in Kinderbetreuungseinrichtungen weiterhin wichtige staatliche Aufgabe bleiben, so wird doch eine spürbare Flexibilisierung und Differenzierung der Betreuungsangebote eintreten. Damit steht Eltern einerseits eine gezielte Auswahl des Betreuungsangebotes in Hinblick auf die Wünsche und Bedürfnisse des Kindes offen, andererseits werden damit flexible Kombinationen von Familienaufgaben und Erwerbstätigkeit in Abhängigkeit der sich immer wieder veränderten Bedürfnisse und Bedingungen möglich.

Für Kinder von drei bis unter sechs Jahren ist auf Grund der pädagogischen Bedeutung des Kindergartens auch eine Absenkung des Auszahlungsbetrages von 800,00 DM sinnvoll, damit könnte auch weiterhin eine stark verbilligte Bereitstellung eines Halbtagesplatzes in einem Kindergarten für jedes Kind finanziert werden. Eine Steuerpflicht des Erziehungsgebhaltes ist bislang nicht vorgesehen. Eine Verknüpfung mit dem System der sozialen Sicherung ist jedoch unbedingt notwendig, insbesondere in Bezug auf die Alterssicherung. Es werden jedoch auch hierzu noch verschiedene Ausgestaltungsmodelle diskutiert.

Gegenargumente

Es soll im Folgenden auf drei Gegenargumente gegen das Erziehungsgehalt kurz eingegangen werden. Zum Einen wird grundsätzlich kritisiert, dass das Erziehungsgehalt der Monitarisierung der Familie Vorschub leistet. Es wird bemängelt, dass hier die elterliche Verantwortung durch einen staatlichen Lohn bezahlt würde, was als verfehlte Ausrichtung der Familienpolitik empfunden wird. Es ist aus meiner Sicht jedoch nicht das Problem eines Erziehungsgebhaltes, dass damit familiäre Entscheidungen monetarisiert werden, sondern umgekehrt besteht derzeit das Problem junger Paare, dass eine Entscheidung für ein (weiteres) Kind oftmals tatsächlich an der Frage nach der Finanzierbarkeit scheitert. Wenngleich hier sicherlich auch unerwünschte Entwicklungen an

Fortsetzung: Erziehungsgehalt - eine gerechte Förderung von Familien?

der subjektiven Prioritätensetzung ihren Beitrag haben, so müssen diese Tatsachen doch politisch ernst genommen werden. Es geht also nicht darum, die Erziehung und Versorgung von Kindern künstlich zu monetarisieren, sondern die bereits eingetretene Bedeutung der Finanzfrage für Eltern in der familienpolitischen Förderung angemessen zu berücksichtigen. Welchen finanziellen Aufwand Eltern für Kinder erbringen müssen und welche einschneidenden Konsequenzen dies für das Familienbudget hat, wurde bereits oben erläutert.

Aus frauenpolitischen Sicht wird dem Konzept eines Erziehungsgehaltes immer wieder vor- geworfen, dass es Frauen in die Familie zurückdränge und ihnen damit den Weg auf den Arbeitsmarkt verstelle. Diese Sicht wird jedoch genährt von einer einseitigen Orientierung, nach der alle Frauen möglichst durchgängig erwerbstätig sein sollen. Es ist aus meiner Sicht völlig verfehlt, wenn staatliche Förderung (wie oben beschrieben) diese Tendenz durch die starke Subventionierung der außerhäuslichen Kinderbetreuung einseitig unterstützt. Nach wie vor ist die Mehrheit der Frauen für etliche Jahre bereit ihre Berufstätigkeit zu unterbrechen, um ihre Kinder selbst zu versorgen. Das Erziehungsgehalt würde auch Familien, die für die persönliche Betreuung auf einen Teil des Familienerwerbseinkommens verzichten wollen, diese Entscheidung erheblich erleichtern. Es ist dabei allerdings wichtig, dass das Erziehungsgehalt in seiner Ausgestaltung selbstverständlich genauso die Übernahme von Familientätigkeit durch Väter unterstützt. Diese Zielsetzung muss jedoch auch durch weitere flankierende Maßnahmen angestrebt werden. Es ist sicher auch aus Sicht der Kinder sinnvoll, wenn Väter zunehmend konkret Betreuungs- und Erziehungsaufgaben in einem Umfang übernehmen, der eine Reduktion ihrer Erwerbstätigkeit notwendig macht. Dieses gesamtgesellschaftliche Ziel wird mit dem Erziehungsgehalt sicherlich leichter erreicht als durch die derzeit bestehenden Instrumente.

Als drittes großes Problem wird im Hinblick auf das Erziehungsgehalt richtiger Weise immer wieder die Finanzierung angesprochen. Die Nettokosten des Erziehungsgehal-

tes werden auf ca. 30 Milliarden DM jährlich geschätzt. Im Vergleich dazu sei hingewiesen auf die Kosten des zu diesem Thema einschlägigen Bundesverfassungsbeschlusses vom November 1998, die auf 20-25 Milliarden DM geschätzt wurden. D. h. die Familienpolitik steht derzeit nicht zuletzt auf Grund des Bundesverfassungsgerichts vor der Herausforderung gerechtere und umfangreichere Familienförderung zu realisieren. Vor diesem Hintergrund erscheint das Finanzvolumen eines Erziehungsgehaltes durchaus für denkbar, erfordert allerdings eine klare politische Prioritätensetzung. Derzeit erbringt nur ein Teil der Bevölkerung die enormen Aufwendungen, die für die Erziehung der kommenden Generation notwendig ist. D. h. die Kosten der Zukunftssicherung unserer Gesellschaft werden nur von einem begrenzten Teil der mittleren Generation getragen. Die positiven externen Effekte kommen jedoch allen

gemeinsam zu gute. Besonders offensichtlich wird dieses Prinzip bei den zunehmenden, demografiebedingten Finanzierungsproblemen der Rentenversicherung. Es geht jedoch auch grundsätzlich um die Sicherung des Erhaltes der Nation insgesamt. Dabei ist nicht nur die Anzahl der in Deutschland lebenden Personen entscheidend, sondern ganz wesentlich auch deren Altersstruktur. Diese ist bereits jetzt für die nächsten Jahrzehnte in einer derart negativen Weise vorgegeben, dass ab dem Jahr 2030 und insbesondere ab dem Jahr 2050 kaum bewältigbare Verschiebungen in der Alterspyramide der deutschen Bevölkerung eintreten werden. Aus dieser Sicht ist es nicht nur zu rechtfertigen, sondern ein Gebot der Gerechtigkeit, dass ein Teil der derzeit privatisieren Kosten für die Erziehung der Kinder durch gesamtgesellschaftlich finanzierte Transferleistungen ausgeglichen wird. Im Ergebnis lässt sich aus

meiner Sicht festhalten, dass das Erziehungsgehalt in der beschriebenen Form, die Gerechtigkeit für Familien erhöhen würde und gleichzeitig die Wahlfreiheit und damit die Eigenverantwortlichkeit von Erziehenden stärken würde. Das fundamentale Recht auf Elternschaft würde für viele Menschen dadurch besser realisierbar.

Simone Wenzler

Links im Internet

<http://www.bonn.iz-soz.de/isoekonzept.htm>

Ein alternative Konzept zum Erziehungsgehalt, welches vom Institut für Sozialökologie erarbeitet wurde.

http://www.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/smf/minister/reden/rede_1999_04_17/index.html

<http://www.sachsen.de/de/publikationen/index.html>

(Sozialministerium): Dokumentationen der sächsischen Landesregierung zum Thema.

Zum Nachdenken: Die Geldsammlung

Gedanken zum Ausgleich von Not und Überfluss - Von Reinhart Rentschler

Wenn der gute Wille da ist, so ist er willkommen nach dem, was einer hat, nicht nach dem, was er nicht hat. Nicht, dass die andern gute Tage haben sollen und ihr Not leidet, sondern dass es zu einem Ausgleich komme. Jetzt helfe euer Überfluss ihren Mangel ab, damit danach auch ihr Überfluss euren Mangel abhelfe und so ein Ausgleich geschehe, wie geschrieben steht: „Wer viel sammelte, hatte keinen Überfluss, und wer wenig sammelte, hatte keinen Mangel.“ 2 Kor 8,12-15

In unserem Text geht es um den Maßstab für die Geldsammlung, die Paulus den Korinthern zugunsten der Gemeinde in Jerusalem empfiehlt. Dabei sind auch die Begründung für diese Sammlung und ihre Durchführung zu berücksichtigen.

Zunächst teilt der Apostel den Korinthern die Gebefreudigkeit der Gemeinden in Mazedonien mit; sie haben trotz großer Armut sogar über ihre Kräfte willig gegeben (V. 1ff). Auch ist reichliche Gabe eine Probe auf die Liebe der Korinther. Der entscheidende Beweggrund für

die Sammlung aber ist die Gnade Jesu Christi, der um der Menschen willen arm wurde, damit sie hierdurch reich würden. Nicht zuletzt wollte Paulus seiner Verpflichtung nachkommen, die Armen zu unterstützen (Gal 2,10). Infolgedessen rät Paulus den Korinthern, die begonnene Sammlung gut abzuschließen, damit Wollen und Vollbringen übereinstimmen (2 Kor 8,7ff). Nach dem Beginn des guten Willens ist der Maßstab für die Geldsammlung das, was jemand hat, nicht, was er nicht hat. Diese Sammlung dient nicht dazu, dass die Jerusalemer gute Tage haben sollen und die Korinther Not leiden. Vielmehr sollte es zu einem Ausgleich von Überfluss und Mangel kommen. Dieser Ausgleich schließt Gegenseitigkeit ein; das entspricht Ex 16,18, wonach jeder hatte, was er zum Essen brauchte. Der Erläuterung dieses Maßstabs diene zuerst ein kurzer Blick auf die damals gegebenen sozialen Verhältnisse.

Korinth war eine reiche Handelsstadt. Ehrgeizige konnten viel Geld verdienen. Dort befanden sich zwar auch Arme. Jedoch gab es in Ko-

rinth relativ reiche Christen (NTD, 154f). Es herrschte also erheblicher Überfluss.

Demgegenüber war die Gemeinde in Jerusalem ein Notstandsgebiet. Die Armenpflege ging bald weit über das eigene Vermögen hinaus, da die Armen die große Mehrzahl bildeten (Brandenburg, 46). Der Mangel war also überdeutlich.

Mit Überfluss und Mangel hat sich Bockmühl unter dem Gesichtspunkt „Einfacher Lebensstil“ befasst (106ff m.Zen.). Hiernach ist Überfluss das, was über das zur standesgemäßen Lebensführung Notwendige hinausgeht. Dabei bedeutet das Notwendige das, was ein Mensch für sich und seine unterhaltsberechtigten Personen braucht. Umgekehrt liegt Mangel dann vor, wenn es an dem zu einfachstem Leben Notwendigen ganz oder teilweise fehlt. Daher kann es von der christlichen Nächstenliebe aus geboten sein, das standesgemäße Leben zur Fürsorge für andere einzuschränken.

Zum Ausgleich für das standesgemäße Leben kann auch gehören, dass man in der Lage ist, standes-

Fortsetzung Seite 10

Aufriss einer christlichen Wirtschaftsethik

Christliche Wirtschaftsethik versus abendländische Wirtschaftsethik - von Reinhart Rentschler

Wirtschaftsethik ist nicht so sehr graue Theorie als vielmehr eine wichtige Angelegenheit für die Praxis. Die weltweiten Verflechtungen mit ihren Komplikationen für letztlich jeden Binnenmarkt werden immer größer. Auch gibt es schon wirtschaftsethische Institutionen, z.B. Ethikseminare für Manager. Was aber heißt Wirtschaftsethik?

Unter Wirtschaftsethik verstehen wir die Lehre vom sittlich Guten hinsichtlich des Lebensbereiches, in dem unser Bedarf optimal gedeckt wird. Beruht sie auf dem Glauben an das Evangelium von Jesus Christus, handelt es sich um christliche Wirtschaftsethik. Dieser Glaube ist Antwort auf die Offenbarung des dreieinigen Gottes und durch die Liebe hoffnungsvoll tätig (Gal 5,5f).

Dementsprechend geht die christliche Ethik einerseits von der besseren Gerechtigkeit (Mt 5,20), andererseits von der abendländischen aus. Die bessere Gerechtigkeit ist mit der Liebe (Agape) verbunden,

von der her die Zehn Gebote zu verstehen sind. Nach der abendländischen Gerechtigkeit ist jedem das Seine zuzuteilen und zwischen allgemeiner und besonderer Gerechtigkeit sowie innerhalb dieser zwischen Tausch- und Verteilungsgerechtigkeit zu unterscheiden. Das gilt auch für die christliche Wirtschaftsethik und ihre Inhalte. Hier von heben wir hervor die Lohn-, Preis- und Zinsgerechtigkeit; die Eigentums-, Arbeitsverteilungs- und Umweltgerechtigkeit sowie das ideale Wirtschaftssystem, die gerechte Entwicklungshilfe und die globale Gerechtigkeit. Maßstab des gerechten Lohns ist die Tausch- und die Verteilungsgerechtigkeit. Die Tauschgerechtigkeit berücksichtigt die Leistung der Arbeitnehmer, die Verteilungsgerechtigkeit ihre Bedürfnisse, den Familienstand und die Lage Volkswirtschaft. Der gerechte Preis entspricht der Leistung, d.h. den Produktionskosten und dem angemessenen Gewinn, wobei der Staat sich tunlichst zurückhalten soll. Da der Zins ein Preis ist, hängt dementsprechend seine Gerechtigkeit von der Ord-

nung des Kapitalmarkts ab, die eine Funktion des Wirtschaftssystems ist. Während es dabei primär um Einzelgerechtigkeit ging, spielt in den folgenden Inhalten insbesondere die Gemeinwohlgerechtigkeit eine Rolle.

Im Gesamtklassament überwiegen die Rechte des Eigentümers seine Pflichten erheblich, während es sich beim Nichteigentümer umgekehrt verhält. Das unausgeglichene Verhältnis von Rechten und Pflichten aus dem Eigentum geht also zu Lasten des Nichteigentümers. Schon deshalb soll der Gebrauch des Eigentums zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen (Art.14 II GG). Die Arbeitsverteilungsgerechtigkeit jedoch hängt vom Umfang und Inhalt der Arbeit und davon ab, dass die Beteiligten und die Beteiligten unter Berücksichtigung aller erheblichen Umständen an den möglichen Arten der Arbeit Anteil ge-

ben bzw. nehmen. Für den Umweltschutz indes ist eine abgestufte Gerechtigkeit maßgebend. Im Konfliktfall sind daher zuerst die Menschen, dann die Tiere, hernach die Pflanzen, schließlich die Sachen zu schützen. Demgegenüber ist die Soziale Marktwirtschaft ein ideales Wirtschaftssystem, wenn „sozial“ und „Marktwirtschaft“ nicht nur äußerlich miteinander verbunden werden. Vielmehr ist das soziale Moment als Teil der gesamten Kooperation zu verstehen, für deren Ordnung Freiheit, Selbstordnung von Gruppen und staatliche Gemeinschaftsordnung dieselbe Bedeutung haben. Die Entwicklungshilfe hingegen soll im Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe sein. Anderenfalls verfehlt sie ihren Zweck, es sei denn bei Gefahr im Verzug, der mit Soforthilfe zu begegnen ist. Angesichts der Globalisierung aber bedarf es der globalen Gerechtigkeit. Bei ihr geht es um das Weltgemeinwohl, das zwar als Wohl vom Heil nicht zu trennen, wohl aber zu unterscheiden ist.

Fortsetzung: Andacht

Fortsetzung von Seite 9

gemäß zu spenden. Nach Röm 15,27 aber ist es recht und billig, dass die Heiden Jerusalem für die empfangenen geistlichen Güter mit leiblichen Gütern dienen (vgl. Krimmer, 177f).

Zur Durchführung der Sammlung sandte Paulus Titus und zwei weitere bewährte Brüder nach Korinth voraus. Denn es soll vor dem Herrn und den Menschen redlich zugehen (2 Kor 8,16ff). Seine drei Boten aber haben darüber hinaus den Auftrag, die Geldsammlung vorher abzuschließen, auf dass sie als Gabe des Segens, nicht des Geizes bereitliegt (K.9,5).

Prof. Dr. Reinhart Rentschler

Literatur

K. Bockmühl, 'Theologie und Lebensführung. Gesammelte Aufsätze II, Gießen 1982
H. Brandenburg, Der Brief an die Galater, Wuppertal 1970
H. Krimmer, Zweiter Korintherbrief, B 12, Neuhausen-Stuttgart 1987
Stanbaugh/Balch, Das soziale Umfeld des Neuen Testaments, v. G. Lüdemann, NTD Ergänzungsreihe 9, Göttingen 1992 (=VTD)

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass wirtschaftsethische Inhalte sich wandeln können. Dies ändert aber nichts daran, dass jeweils zu prüfen ist, wie sie zu einem gerechten und guten Leben der Einzelnen und der Menschheit beitragen. Auch in der Wirtschaft dürfen und sollen wir vom Anbruch des Reiches Gottes her auf seine Vollendung hin leben.

Prof. Dr. Reinhart Rentschler

Literatur

Hunold/Laubach/Greis(Hrsg.),Theologische Ethik. Ein Werkbuch, UIB 1966, 2000
B. Irrgang, christliche Umweltheik. Eine Einführung, UTB 1671, 1992
W. Kerber, Sozialethik, Urban-Taschenbücher 397, 1998
W. Lachmann, Leben wir auf Kosten der Dritten Welt?, Wuppertal 1986
G. Meckenstock, Wirtschaftsethik, Berlin/New York 1997
J. Messner, Das Naturrecht. Handbuch der Gesellschaftsethik, Staatsethik und Wirtschaftsethik, Berlin 7.A. 1984
R. Rentschler, Ethische Betrachtungen XII, hg.v. Männerarbeit der EKHN, Darmstadt 1990

Rezension: Johannes Messner

Ein Pionier der Institutionen- und Systemethik - W. Lachmann

Schmitz, Wolfgang (Hg): Johannes Messner - ein Pionier der Institutionen- und Systemethik, Berlin 1999 (Duncker & Humblot). 122 S: DM 82,-, ISBN: 3-428-09707-6.

Zum 50jährigen Bestehen der Görresgesellschaft hielt der tiroler Bergmannssohn Johannes Messner (1891 - 1984) im September 1926 in Koblenz einen Festvortrag, in dem er auf die Bedeutung der neueren Volkswirtschaftslehre für die Lösung der sozialen Problem seiner Zeit hinwies. Die dort vorgetragenen Gedanken legte er 1927 in seiner Habilitationsschrift mit dem Titel „Sozialökonomik und Sozialpolitik. Studien zur Grundlegung einer systematischen Wirtschaftsethik“ vor. Die Sozialproblematik drängte sich ihm seit seiner frühesten Kindheit auf. Einflußreiche Kreise verfolgten damals einen fordernden Sozialidealismus. Gegen ihn wendet er sich und plädiert für eine auf den Erkenntnissen der

Sozialwissenschaften aufbauende Sozialethik. Zur 70jährigen Wiederkehr seiner Habilitationsschrift veranstaltete die Johannes-Messner-Gesellschaft 1997 in Wien ein Symposium, dessen Vorträge in diesem Tagungsband der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Nach einer kurzen Einführung von Rudolf Weiler befaßt sich Michael Schramm mit „Johannes Messner als Pionier einer modernen Systemethik“, dem ein Beitrag von André Habisch mit dem Titel „Johannes Messners Grundlegung einer systematischen Wirtschaftsethik - ein Kursbuch christlicher Sozialethik auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“ folgt. Wolfgang Schmitz referiert über „Die Unentbehrlichkeit der Sozialökonomik - gezeigt am heutigen Notstand einer Sozialverkündigung, die glaubt, darauf verzichten zu können“. Den Abschluß bildet ein Beitrag von Michael Schnarrer mit „Der übergreifende Konsens

Fortsetzung siehe Rückseite

Literatur: Neuerscheinungen zur Wirtschaftsethik

Bücher zu wirtschaftsethischen Fragen - Die Nennung stellt keine Empfehlung dar

Brink, Alexander: *Holistisches Shareholder-Value-Management: eine regulative Idee für globales Management in ethischer Verantwortung*. Zugl. Bochum, Universitätsdissertation 1999 unter dem Titel: Brink, Alexander: *Ethik und Unternehmensführung*. Hampp 2000. VIII, 419 S. ISBN 3-87988-468-4

Dietzfelbinger, Daniel: *Aller Anfang ist leicht: Einführung in die Grundfragen der Unternehmens- und Wirtschaftsethik*. Reihe Akzente; Sonderband. Herbert Utz Verlag 1999. 304 S. ISBN 3-89675-915-9

Lunau, York: *Unternehmensethikberatung: Methodischer Weg zu einem praktikablen Konzept*. Dissertation der Universität St. Gallen. Verlag Paul Haupt 2000. XIII, 219 S. ISBN 3-258-06177-7

Maak, Thomas: *Republikanische Wirtschaftsethik als intelligente Selbstbindung: Republikanismus und deliberative Demokratie in wirtschaftsethischer Absicht*. Reihe: *Institut für Wirtschaftsethik, Beiträge und Berichte Nr. 81*. St. Gallen 1998. V, 33 S. ISBN 3-906548-84-8

Maywald, Fritz: *Der Narr und das Management: Leistungssteigerung im Unternehmen zwischen Shareholder Value und sozialer Verantwortung*. Gerling Akademie-Verlag 2000. 201 S. ISBN 3-932425-23-5

Metz-Göckel, Hellmuth: *Einstellungen und Werthaltungen in Organisationen*. Reihe: *Psychologie zwischen Theorie und Anwendung*, Band 6. *Die Blaue Eule* 1996. 175 S. ISBN 3-89206-723-6

Unternehmungsführung, Ethik und Umwelt. Hartmut Kreikebaum zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. Gerd Rainer Wagner. Gabler Verlag 1999. 624 S. ISBN 3-409-12306-7

Wieland, Josef: *Formen der Institutionalisierung von Moral in amerikanischen Unternehmen: Die amerikanische Business-Ethics-Bewegung: Why and how they do it*. Reihe: *St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik*, 9. Verlag Paul Haupt 1993. 109 S. ISBN 3-258-04784-7

Wirtschafts- und Unternehmensethik: Kritik einer neuen Generation. Zwischen Grundlagenreflexion und ökonomischer Indienstnahme, hrsg. v. Hans G. Nutzinger/ Berli-

ner Forum zur Wirtschafts- und Unternehmensethik. dnwe Schriftenreihe, Band 5. Rainer Hampp Verlag 1999. 256 S. ISBN 3-87988-366-1

b) Englisch

Donaldson, Thomas/ Thomas W. Dunfee: *Ties that Bind: a Social Contracts Approach to Business Ethics*. Harvard Business School 1999. 320 S. ISBN 0-87584-727-7

Education, Leadership and Business Ethics: Essays on the Work of Clarence Walton. Hrsg. v. Ronald F. Duska. Reihe: *Issues in Business Ethics*, 11. Kluwer Academic 1998. XVIII, 323 S. ISBN 0-7923-5279-3

Ethics and Consultancy: European Perspectives. Hrsg. v. Heidi von Weltzien Hoivik/Andreas Føllesdal. Reihe: *Issues in Business Ethics*, 7. Kluwer Academic Publishers 1995. IX, 279 S. ISBN 0-7923-3377-2

Ethics in Finance, hrsg. v. John R. Boatright, Blackwell 1999. 224 S. ISBN 0-631-21426-7

The Ethics of the New Economy: Restructuring and Beyond. Hrsg. v.

Leo Groarke. Wilfrid Laurier University Press 1998. 332 S. ISBN 0-88920-311-3

Langford, Duncan: *Business Computer Ethics*. Addison-Wesley 1999. XIII, 190 S. ISBN 0-201-34279-0

Manz, Charles C.: *The Leadership Wisdom of Jesus: Practical Lessons for Today*. Berrett-Koehler 1999. XI, 178 S. ISBN 1-57675-066-3

On Work and Leadership: a Selection of Lectures organized by the Royal Society for the Encouragement of Arts, Manufactures and Commerce, Gower 1999. 148 S. ISBN 0-566-08108-3

Shaw, William H.: *Business Ethics*. 3. Aufl. Wadsworth Publishing 1999. 436 S. ISBN 0-534-55193-9

Diese Liste wird zusammengestellt und aktualisiert von Frau Dr. Christiane Suthaus. Für Rückfragen und Hinweise ist sie per E-Mail unter folgender Adresse erreichbar: suthaus@ub.uni-koeln.de.

Rezension: Wirtschafts- und Finanzpolitik nach ordoliberalen Prinzipien

Beiträge zur theoretischen Fundierung und praktischen Umsetzungen - von Werner Lachmann

Kübbeler, Michael und Christian Langer (Hrsg.): *Wirtschafts- und Finanzpolitik nach ordoliberalen Prinzipien. Ausgewählte Beiträge zur theoretischen Fundierung und praktischen Umsetzung (Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts Bd. 38)* Berlin 1999 (Duncker & Humblot) 382 S, DM 148,-, ISBN 3-428-09681-9, ISSN 0935-5065

Obgleich Ludwig Erhard nicht in der Lage war, die Soziale Marktwirtschaft in allen Sektoren nach seinen Vorstellungen einzuführen, war sie dennoch in der Lage, rasch das Nachkriegselend überwinden zu helfen und in den ersten 15 Jahren ordnungspolitisch orientierter Politik für einen raschen Wiederaufbau und das sog. „Wirtschaftswunder“ Deutschlands zu sorgen. Insbesondere die Ordoliberalen betonen in diesem Zusammenhang

die Wichtigkeit der Ordnungspolitik, die „auf die Gestaltung einer funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung“ der modernen Gesellschaften hinzielt. Durch geschickte Institutionenwahl sollen die Selbstregulierungsprozesse der Märkte gefördert sowie Missbrauch von wirtschaftlicher und politischer Macht verhindert werden. Hierdurch werden die gesellschaftlichen Ziele von Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Effizienz leichter erreicht als über bürokratische Ansätze. Die Wirtschaftspolitik Deutschlands hat sich von den Ursprüngen der Sozialen Marktwirtschaft fortwährend entfernt, so dass eine Rückbesinnung auf ordoliberale Ideen der Wirtschaftspolitik zur Überwindung der wirtschaftlichen Probleme, z.B. der hohen Arbeitslosigkeit, beitragen würde. Die Wirtschaftspolitik wurde fortschreitend an Interessen gebunden und

ideologieorientiert ausgerichtet. Der Prof. Dr. Heinz Grosseckttler zum 60. Geburtstag gewidmete Band bringt Beiträge aus seinen großen Forschungsbereichen, die dem Ziel gewidmet sind, zur Rückbesinnung ordoliberaler Ordnungspolitik in der Wirtschaftspolitik beizutragen.

Finanzwirtschaftliche Ordnungspolitik, Verwaltungsökonomik und Wettbewerbstheorie

Die Beiträge selbst sind in drei große Blöcke unterteilt, der finanzwirtschaftlichen Ordnungspolitik, der Verwaltungsökonomik und der Wettbewerbstheorie. Bei der finanzwirtschaftlichen Ordnungspolitik geht es um die optimale Gestaltung der Finanzverfassung mit dem Ziel, eine zweckmäßige Kompetenzverteilung zwischen Staat und Privaten einerseits und zwischen den unterschiedlichen staatli-

chen Ebenen andererseits sicherzustellen. Ziel ist eine verbesserte Allokation der Kollektivgüter, wobei neben potentiellen Marktversagen auch distributions- und stabilisierungspolitische Aspekte berücksichtigt werden. Hingewiesen wird auf die Einhaltung der Prinzipien der Subsidiarität, fiskalischen Äquivalenz und Immediatskontrolle bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Finanzverfassung. Manfred Bergmann referiert über Steuerharmonisierung, Steuerwettbewerb und effektive Besteuerung in der Europäischen Union und Michael Kübbeler über Steuerwettbewerb als Ordnungsprinzip einer rationalen Finanzverfassung. Weitere Beiträge in diesem Bereich umfassen Stefan Funks Überlegungen zur kommunalen Finanzpolitik in der Europäischen Währungsunion und Ludgers Sanders Beitrag zur Sicherung der

Fortsetzung siehe Rückseite